

Werte Genossinnen und Genossen! Zum Zeitpunkt Eures Parteitages besteht eine Lage, die die Feststellung erlaubt, daß alle Möglichkeiten des erfolgreichen Kampfes gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands vorhanden sind. Wenn die Adenauer-Regierung die Volksbefragung verbietet, so ist das das Eingeständnis ihrer hoffnungslosen Minderheit in der Bevölkerung.

Niemand kann heute mehr davon sprechen, daß die Arbeiter und die übrigen Volksmassen in Westdeutschland der Entwicklung mit Fatalismus gegenüberstehen und nicht zu entschiedenem Widerstand entschlossen sind. Hinzu kommt, daß die Arbeiterklasse und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik durch ihr eigenes Auftreten gegen die atomare Bewaffnung wie durch die konstruktiven Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Adenauer, Strauß und ihre verderblichen Kreise immer mehr in eine Defensive drängen. Angesichts der Entwicklung des Kampfes gegen die atomare Bewaffnung und für die Erhaltung des Friedens ist eine Lage entstanden, die eine Wende in der Politik Westdeutschlands zu einer realen Möglichkeit macht. Wenn Euer Parteitag dies alles ins Auge faßt, wenn seine Beschlüsse auf die Maßnahmen zur Verhinderung der atomaren Aufrüstung und zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, auf Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet sind, dann wird das von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung sein.

Wir hegen keinen Zweifel daran, daß die gesamte deutsche Arbeiterklasse und darüber hinaus alle an der Erhaltung des Friedens und an der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes interessierten Deutschen es begrüßen würden, wenn zwischen unseren Parteien ein Meinungsaustausch stattfindet. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß dabei alle Gedanken und Vorschläge beiderseits sorgfältig geprüft werden müssen, um zu fruchtbaren Ergebnissen zu kommen.

Mit sozialistischem Gruß!

*Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*

Berlin, den 16. Mai 1958